

BuKo 2005

AG 62: Jugendhilfe und Schule / Jugendhilfe – Bildung

23.09.05

Zur Produktivität der Bildungsdebatte

Gleichsam als Motto meines kurzen Diskussionsbeitrages möchte ich den Titel dieses Bundeskongresses in eine Frage gießen und auf unsere AG münzen: Wie können Jugendhilfe und Schule – ggf. mit vereinten Kräften – den sozialen Staat aktivieren?

Einer – zugegeben und notwendigerweise – abstrakten Antwort auf diese Frage nähere ich mich anhand des aktuell z. Zt. inflationär gebrauchten Wortes „Bildung“: Welche **Mythen**, welche **Chancen** und **Begrenzungen** sind mit der Verwendung dieses Wortes (im Fall des Verhältnisses von Jugendhilfe und Schule) verbunden; welche Auswirkungen hat es auf die **Institutionenlandschaft**?

(Wenngleich hier unterschieden, werde ich diese vier Blickwinkel: **Mythen**, **Chancen**, **Begrenzungen** und **Institutionen**, in der Erörterung nicht trennscharf auseinanderhalten können, sie verschieben sich ineinander.)

Grundsätzlich ist noch vorzuschicken, dass das Wort Bildung sicherlich Konjunktur hat – vor allem seit Herbst 2001, als die Ergebnisse der ersten PISA-Studie veröffentlicht wurden;

ebenso hat Bildung aber auch Kontinuität in der Sozialen Arbeit (speziell in der Jugendhilfe): Nur erwähnt seien hier die Debatten auf dem Jugendhilfetag 1966 in Köln, also zu Beginn der großen Bildungsreform der 1970er Jahre.

Mythen

Es gibt kaum einen mythenreicheren Begriff, und wenngleich viele davon bereits zerstört sind, so erweisen sich einige doch als ausgesprochen langlebig im kollektiven Gedächtnis:

- Da ist zum einen der ganz alte der Mythos, Bildung sei das, „was man wissen muss“ (SCHWANITZ): Diese Mär bringt zwar Auflagenzahlen, aber keinen nachhaltigen Konsens.
- Hartnäckiger ist da schon der Glaube, Bildung sei das, was man in der Schule vermittelt bekomme. Das führt u. a. auch zu Worten wie Bildungspolitik (gemeint ist Schulpolitik), Bildungsplan (Lehrplan) oder Bildungsforschung (Lernforschung).

Nebenbei – Stephan Maykus wird das anschließend ausführlicher darlegen – führt dieser Mythos auch zu dem – wie ich finde, sehr produktiven und witzigen Missverständnis – mein Konzept der „Ganztagsbildung“ sei der Theoriebegriff zur Institution Ganztagschule. Vielmehr ist das Gegenteil beabsichtigt (wenn man das überhaupt so sagen kann).

- ein neuer Mythos ist, dass nun in der Jugendhilfe plötzlich alles Bildung sei und/oder – auch viel und ungern gehört –,

dass ‚wir das ja schon immer gemacht haben‘. Hier wird in ‚Identifikation mit dem begrifflichen Aggressor‘ eine Art ‚Übersprungshandlung‘ vollzogen, und dabei nicht gerne gesehen, dass in den Einrichtungen auch intentional erzogen und zufällig sozialisiert, nicht zuletzt auch geholfen, kontrolliert und diszipliniert wird.

- Schon spezieller wird’s in einem dritten Fall, nämlich im Falle des Mythos’, Lernleistungen (vulgo: Bildung) hingen von der Menge des Unterrichts ab. Das ist seit PISA 2000 nun auch aufgeklärt: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Unterrichtsvolumen und Testergebnissen.

Daraufhin stellt sich also die Frage: Was macht den Unterschied (in den Lernleistungen)? *Eine* mögliche Ursache könnte in den Mischungsverhältnissen aus formellen und nicht-formellen Bildungsprozessen liegen und/oder in den Transfers zwischen diesen Modalitäten. Auf die breite internationale Diskussion dazu (*formal/non-formal learning*), in der einige **Chancen** des Begriffs liegen, will ich nun eingehen. Zuvor muss ich aber – da wir schon im Englischen sind – noch ins Reich der Mythen schicken, Bildung sei das Gleiche wie *education* (Erziehung oder Ausbildung) und Lesekompetenz (*literacy*) habe etwas mit einer Befugnis oder Berechtigung zur Lektüre zu tun...

Chancen

Die größte Chance der Bildungsdebatte sehe ich darin, dass er ein unausweichlich Institutionen übergreifender Begriff ist und das nur sein kann, d. h. wer Bildung sagt, kann seriöserweise nur Außerschulisches/Sozialpädagogisches mitmeinen.

Also das Wort öffnet einen ganzheitlichen Blick, der in der produktiven Unterscheidung zwischen *formal* und *non-formal* seinen Niederschlag gefunden hat. Diese Einsicht kommt aus der internationalen *Adult Education* und dem Diskurs über *Life-Long Learning*: Es wäre ja auch Quatsch bei der Betrachtung des ganzen Lebens nur auf Abschlüsse zu achten.

Hierüber herrscht ein großes Begriffswirrwarr, das zu enttödeln ich einen Vorschlag zusammengestellt habe:

Formelle Bildung:

- curricular gestuft
- zumeist verpflichtend
- zertifizierbar strukturiert
- für weitere Zugänge berechtigend
- Ergebnis- und Produktorientierungen
- zweckrationale Absichten

Nicht-formelle Bildung:

- ohne berechtigende Zertifikate
- freiwillig institutionalisiert oder fakultativ wählbar
- gestaltbar seitens der Teilnehmenden

- Verlaufs- und Prozessorientierungen
- wertrationale Einstellungen

Ach ja, es soll ja auch noch informelle Bildungsprozesse geben. Darunter werden meist „ungeplante und nicht-intendierte“ Vorgänge verstanden, die sich „im Alltag von Familie, Nachbarschaft, Arbeit und Freizeit“ (BUNDESJUGENDKURATORIUM) ergeben können. Nun, mir ist bisher nicht deutlich geworden, was dies von Sozialisation unterscheiden könnte. Bildung sage ich deshalb nur dann, wenn sich „geistige Eigentätigkeiten beobachten“ lassen, die „gegen Vereinseitigungen wirken“ und z. T. „mit Widerständen einhergehen“ (RICHTER).

Nun ist es aber komplizierterweise nicht so, dass in der Schule nur und ausschließlich formelle Bildungsprozesse stattfinden und in der Jugendhilfe nur und ausschließlich nicht-formelle (und in der Familie und unter Gleichaltrigen, wenn man denn möchte, informell-sozialisatorische). Das wäre schön und einfach.

Vielmehr ist es so, dass beiden Modalitäten in mehreren Institutionen anzutreffen, dass aber keine Institution alle Prozesse ermöglichen kann (wenngleich die Allmachtsphantasien hüben wie drüben dies immer wieder suggerieren).

Wenn man mit dem Bildungsbegriff hantiert, kauft man sich also die Einsicht in die je eigenen **Grenzen** mit ein. Konkret: Man

kommt in der Jugendarbeit nicht umhin, die Notwendigkeit und Stärken der Institution Schule und des zugehörigen Personals zu beachten – umgekehrt ist das ja sowieso klar...

Mein Vorschlag zur Benennung der **Chancen**: Schule hat uneinholbare Vorteile in den Möglichkeiten zur Qualifikation von Schülern, Jugendarbeit hat uneinholbare Vorteile in den Möglichkeiten zur Partizipation von Kinder und Jugendlichen. Und erst der Zusammenhang von Können und Dürfen verschafft Kompetenzen.

Begrenzungen

Apropos Kompetenzen: Auch die vier Dimensionen des Bildungsbegriffs im brandheißen 12. Jugendbericht, nämlich die kulturellen, instrumentellen, sozialen und die personalen Kompetenzen, wiederholen jene Begriffshalbierung, die seit PISA unstrittig scheint: Kompetenz wird einzig als Fähigkeit, als Können verstanden, nicht mehr als Befugnis, als Dürfen.

(Wenn das alles wäre, könnte ich mir nicht erklären, worum sich Frau Merkel und Herr Schröder z. Zt. streiten: um die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzleramtes nämlich.)

Nun gut: Eine **Begrenzung** des Bildungsbegriffs, wie er gegenwärtig diskutiert wird, ist also die Loslösung des Könnens vom Dürfen. Gerade hier läge für die Sozialpädagogik wiederum eine große **Chance**, indem sie nämlich daran erinnerte und – ggf. im Unterschied zur Schule – praktisch

erfahrbar machte, dass Heranwachsende umso kompetenter werden, je mehr sie Kompetenzen erhalten bzw. erringen.

Ich halte es für produktiver, Bildung analytisch in ausbildende (kulturelle und instrumentelle) und identitätsbildende (soziale und personale) Aspekte zu unterscheiden – wohl wissend, dass es das eine ohne das andere niemals geben kann, aber auch wissend, dass Schulen und Jugendeinrichtungen hier unterschiedliche, und ich würde sagen: komplementäre Stärken und Schwächen haben und deshalb aufeinander angewiesen sind. Bildung ist nicht nur Ausbildung und nicht nur Identitätsbildung, sondern der Zusammenhang aus beidem – und den Zusammenhang kann keine Institution der Welt herstellen, das muss das Subjekt schon alleine machen.

Einige weitere **Begrenzungen** der Bildungsdebatte hat ANDRESEN auf den Punkt gebracht: Diese „fragile Denkfigur“ fasziniere nicht nur und verleihe Flügel, sondern sie verweise zugleich in Schranken. Auch der ständige erziehungswissenschaftliche Rekurs auf Bildung verhindere eher Innovationen als sie zu befördern und drohe zu einer „intellektuellen Fessel“ zu werden. Die Fachdisziplin habe vielmehr ihre Aufgabe darin, so ANDRESEN, in kritischer Absicht über die Vergesellschaftung von Kindern und Jugendlichen in einer zugleich demokratischen und kapitalistischen Gesellschaft aufzuklären. Die Erziehungswissenschaft müsse z. B. auch das Versprechen der Ganztagschule, Bildungserfolg von sozialer Herkunft zu entkoppeln, entschleiern und stattdessen den

Zusammenhang von individueller Haltung und sozialem Kontext ins Bewusstsein heben.

Womit wir bei den Institutionen wären:

Institutionen

Um sogleich eine Position zu beziehen: Ohne ‚Gesamttag‘ hilft auch keiner Ganzttag!

Sonst wird jenes fortgeschrieben, was eine Sekundäranalyse der PISA-Daten in Bezug auf Schulformen und Sozialräume bzw. Regionen ergeben hat: „Benachteiligte werden benachteiligt und benachteiligte dadurch Benachteiligte“. Je höher der Anteil der Schüler mit problematischen Lernumgebungen und -voraussetzungen, desto größer die gegenseitige Erschwernis.

Und da hilft es herzlich wenig, allein kompensatorische Angebote zu unterbreiten oder gar, ganztägige Einrichtungen für soziale Brennpunkte zu reservieren: In beiden Fällen kann großartige individuelle Hilfe geleistet werden, strukturell bewirkt es kaum etwas, schlimmstenfalls wirkt das gut Gemeinte stigmatisierend.

Doch ich bin zu schnell: Welche Auswirkungen hat die Bildungsdebatte auf die Institutionenlandschaft schon jetzt? Ich würde sagen: immense. Die prominentesten Beispiele sind sicherlich das IZBB und die verschiedenen Umsetzungen dessen in den Ländern sowie die diversen Rahmenpläne u. Ä. Kindertagesstätten. Aber auch die Einführung von BA/MA-

Studiengängen wird mit Bildung verbrämt – obwohl es m. E. in der Gefahr steht, das ‚Gegenteil‘ davon zu bewirken (Interessanterweise ist nach meiner Wahrnehmung der betriebliche Teil des Berufsausbildungswesens merkwürdig unberührt von der Begriffsdebatte).

Deutlich ist aber insgesamt ein Schwenk auf Schneller-, Höher-, Weiter-Qualifikation: Wenn man sich das Schulsystem bildlich wie eine dreistufige Saturn- oder Sojus-Rakete vorstellt, dann befindet sich diese gerade in der Startphase: Die unterste Raketenstufe (Hauptschule) wurde schon abgesprengt und auch die oberste (Gymnasium) kann angesichts des enormen Schubtempos nur noch mitfliegen, weil darunter noch die zweite Brennstufe (Realschule) ist, die schon beginnt zu verglühen.

Anders ausgedrückt: Es gibt immer mehr Erwerbslose bei gleichzeitig immer höheren Lernanforderungen und wohl auch -leistungen. Das Qualifikationsparadox verschärft sich noch weiter: Ohne Abi geht fast nix – aber Abi zu haben, heißt auch herzlich wenig. Die Kinder und Jugendlichen sind gehalten, sich immer mehr anzustrengen – aber ob's was nützt, kann ihnen keiner sagen.

Soll man angesichts dessen – z. B. in der Jugendberufshilfe, aber auch in der allgemeinen Jugendarbeit – zum Umgang mit Arbeitslosigkeit motivieren (in Erinnerung an Pestalozzi: „Die Armen zur Armut erziehen“)? Wie gelingt der Spagat zwischen der subjektiven Wertschätzung von „berufsorientierender Jugendarbeit“ (v. Wensierski) und der dem strukturell bedingten

Nicht-Einhalten-Können von immanenten Versprechungen solcher Maßnahmen? Wie stiftet man Sinn jenseits der Notwendigkeit von und der Aspiration zu Erwerbsarbeit?

(Ich weiß es nicht.)

(Deshalb) flüchte ich mich in abstrakte Gefilde und komme zu meiner Eingangsfrage zurück: Wie können Jugendhilfe und Schule – ggf. mit vereinten Kräften – den sozialen Staat aktivieren?

Ich meine, der Staat, d. h. die Institutionen und Gremien der Verwaltung von Kommunen, Ländern und Bund, muss in einer Art generationenübergreifenden Sisyphos-Arbeit immer wieder aufs Neue aktiviert werden: Das geht zum einen über politische Aktionen und ggf. – als konstitutiver Teilbereich dessen – über pädagogische Aktivitäten. Denn die Nachwachsenden müssen zum Erhalt und Ausbau des Sozialen und des sozialen Staates motiviert werden – angeboren ist das nicht, und es kommt auch kein Mensch als Bürger auf die Welt. Die Institutionen Jugendhilfe und Schule mitsamt ihrem Personal können den sozialen Staat aktivieren, indem sie sich ihrer Stärken und Schwächen in puncto Qualifikation und Partizipation bewusst sind, darauf eine Arbeitsteilung gründen und somit in einen produktiven „Widerstreit“ (LYOTARD) treten.